

Der J-Stempel auf schweizerischen Formularen

Autor(en): **Koller, Guido**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **49 (1999)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-81261>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der J-Stempel auf schweizerischen Formularen¹

Guido Koller

«Wenn ich mir erlaube, eine solche Bitte an Sie zu richten, so geschieht es, weil ich in Ihrer Person die Verkörperung der Schweizer Freiheit und Gastlichkeit erblicke, der ich mein und der Meinen Schicksal anvertrauen möchte», schrieb Thomas Mann 1933 an Bundesrat Giuseppe Motta und bat ihn, sich bei der Eidgenössischen Fremdenpolizei dafür einzusetzen, dass er und seine Verwandten in der Schweiz verbleiben konnten². Sechs Jahre später ersuchten auch Manns Schwiegereltern um Einreise in die Schweiz. Auf dem Formular, mit dem die kantonale Behörde der Fremdenpolizei die Bewilligung für den Aufenthalt anzeigte, steht unübersehbar ein drei Zentimeter grosses, violettes «J»³.

Der J-Stempel auf einem amtlichen Formular im Dossier von Dr. Alfred Pringsheim, dem Schwiegervater von Thomas Mann, ist kein Einzelfall. Nachdem das Schweizer Fernsehen DRS am 2. Dezember 1998 und die Tageszeitung «24 heures» am 18. März 1999 von einem drei Zentimeter grossen, violetten J-Stempel auf einer 1937 erteilten Aufenthaltsbewilligung des Kantons Waadt berichtet hatten, wurden im Schweizerischen Bundesarchiv in fünf weiteren Fällen gleiche Stempel auf Formularen gefunden, die zwischen 1936 und 1940 ausgestellt worden waren⁴. Andere Dossiers in diesem Zeitraum tragen ein kleines, maschinengeschriebenes «J», weisen in einer Bemerkung auf die jüdische Religion hin oder tragen keinen Vermerk.

Wenn demnach kein Zweifel darüber besteht, dass die Behörden Gesuche von Juden und Jüdinnen in verschiedenen, abgestuften Formen spezifisch registrierten, so lassen sich aus den wenigen überprüfbaren Fällen dennoch keine Angaben über die Systematik dieser behördlichen Praxis machen. Ein klares Bild lässt sich deshalb nicht gewinnen, weil die Personendossiers der Eidgenössischen Fremdenpolizei zur Einreise und zum Aufenthalt von Ausländern und Ausländerinnen der dreissiger und vierziger Jahre grösstenteils nach Abschluss dieser Vorgänge zu Beginn der fünfziger Jahre vernichtet worden sind⁵.

1 Dieser Artikel ist am 17. Mai 1999 in der *Neuen Zürcher Zeitung* unter dem Titel «Rassismus in den Amtsstuben» veröffentlicht worden. Der Wiederabdruck erfolgt ohne textliche Änderungen. Lead und Zwischentitel der NZZ-Redaktion wurden jedoch gestrichen. Der Titel «Rassismus in den Amtsstuben» ist von der NZZ-Redaktion gewählt worden. Der jetzige Titel «Der J-Stempel auf schweizerischen Formularen» war vom Autor als Haupttitel vorgesehen. Der Text enthält neu Anmerkungen mit Quellenbelegen. Ich danke Fabio Gygi für die Recherchen im Schweizerischen Bundesarchiv.

2 Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), E 4301 (-) 1992/36, Bd. 155.

3 BAR, E 4301 (-) 1992/36, Bd. 155.

4 BAR, E 4301 (-) 1992/36, Dossier 202'734, Bd. 107; Dossier 272'082, Bd. 186; Dossier 272'578, Bd. 196; Dossier 272'579, Bd. 196.

5 Zur Überlieferung der Einzelfalldossiers der Eidg. Polizeiabteilung und der Eidg. Fremden-

Während die Praxis, die Formulare jüdischer Gesuchsteller mit einem kleinen, maschinengeschriebenen «J» oder einem anderen Vermerk zu kennzeichnen, schon vor 1938 auftauchte, ist die Stempelung mit dem grossen, violetten «J» mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit erst 1938 parallel zum Passabkommen mit Deutschland vom 4. Oktober 1938 aufgenommen worden. Ein starkes Indiz dafür ist der Umstand, dass Formulare jüdischer Gesuchsteller, die nach der Einführung der generellen Visumspflicht am 5. September 1939 ausgefüllt wurden, in der Regel nicht mehr gestempelt wurden. Bei Akten, die schon 1936 ausgestellt worden waren und dennoch einen J-Stempel tragen, dürfte dieser höchstwahrscheinlich nachträglich, nämlich 1938, appliziert worden sein, und zwar dann, wenn die Behandlung eines Gesuchs oder ein anderer behördlicher Vorgang zu dieser Zeit noch hängig war⁶.

Das Stempeln jüdischer Einreise- und Aufenthaltsgesuche 1938/39 ordnet sich in den Überfremdungsdiskurs ein, der seit dem Ersten Weltkrieg verstärkt antisemitische Züge angenommen hat⁷. Es ging den kantonalen und eidgenössischen Behörden darum, den Zuzug von Juden und Jüdinnen insbesondere aus Oststaaten zu begrenzen oder gänzlich zu unterbinden. Das behördliche Vorgehen gegen die sogenannte «Überfremdung» drohte, aus der Sicht Heinrich Rothmunds, des Chefs der Eidgenössischen Fremdenpolizei, zu scheitern, als nach 1933 vermehrt von Nazi-Deutschland verfolgte Juden in die Schweiz flohen. Das Passabkommen mit Deutschland sollte es den Schweizer Behörden ermöglichen, die Einreise von jüdischen Flüchtlingen zu kontrollieren. Die Visumspflicht für Juden aus Österreich und Deutschland erlaubte es, nur noch diejenigen einreisen zu lassen, die über ein Visum für einen Drittstaat verfügten⁸. Die Eidgenössische Fremdenpolizei wollte verhindern, dass jüdische Flüchtlinge ohne eigene Mittel oder enge Beziehungen zur Schweiz hier verblieben, und deshalb in jedem Fall sofort erkennen, wer Jude war.

Der Stempel ist das Instrument der Kategorisierung. Er macht eine Gegebenheit auf den ersten Blick sichtbar und reduziert die Vielfältigkeit an Informationen auf nur ein einziges Merkmal. Der Stempel verschafft vorschnell eine Klarheit, die immer falsch ist, weil sie vereinfacht und es vermeidet, auf weitere Einzelheiten einzugehen. Diese Einzelheiten hätten dazu führen müssen, Juden als politische Flüchtlinge wahrzunehmen. Statt dessen orientierten sich die Behörden an rassistischen Kategorien.

Der J-Stempel schrieb eine rassistische Stigmatisierung in das behördliche Handeln ein. Der behördliche Antisemitismus gestaltete sich implizit bis zur Übernahme der Kategorien der Nürnberger Rassegesetze. Die Karteikarte, die die Eidgenössische Polizeiabteilung für jeden Flüchtling anlegte, enthielt neben der Ru-

polizei aus dem Zeitraum 1933–1945 vgl. Koller Guido und Roschewski Heinz: «Flüchtlingsakten 1930–1950, Thematische Übersicht zu Beständen im Schweizerischen Bundesarchiv», in *Inventare*, Bern, 1999, S. 28–32.

6 Laurent Droz bezweifelt aufgrund seiner Recherchen im Staatsarchiv des Kantons Waadt diese These; vgl. dazu die nachfolgende Stellungnahme.

7 Zum «Überfremdungsdiskurs» vgl. Mächler Stefan: «Kampf gegen das Chaos – die antisemitische Bevölkerungspolitik der eidgenössischen Fremdenpolizei und Polizeiabteilung 1917–1954», in Mattioli Aram (Hg.): *Antisemitismus in der Schweiz 1848–1960*, Zürich, 1998; Koller Guido: «Flüchtlingspolitik und Holocaust», in *Zeitschrift für Schweizer Lehrerinnen und Lehrer*, Sondernummer «Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg», 2/1999, S. 39–47.

8 Vgl. dazu Bourgeois Daniel: «La porte se ferme, La Suisse et le problème de l'immigration juive en 1938», in *Relations internationales*, Nr. 54, Genf, 1988.

brik «Konfession» die Rubrik «Rasse»⁹. In einer Weisung zum Ausfüllen dieser Rubrik hielt Robert Jezler, der stellvertretende Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung, fest: «Diese ist nach Heimatrecht bzw. dem Recht des Herkunftsstaates einzutragen – Arier, Nichtarier, Neger.»¹⁰

Der Eintrag in der Rubrik «Rasse» war bei der Kategorisierung von jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich und später aus den von Nazi-Deutschland besetzten Ländern gleichbedeutend mit einer Angabe zum Fluchtgrund. Dies war in der Weisung von Robert Jezler zwar mitgemeint, aber gleichzeitig durch das Denken in rassistischen Kategorien überlagert. Die Eidgenössische Fremdenpolizei hielt daran fest, «die Verjudung der Schweiz zu verhindern» (Heinrich Rothmund), obschon sie die Entrechtung, Verfolgung und später die Ermordung der Juden in Europa kannte. Der Überfremdungsdiskurs behielt in der fremdenpolizeilichen Praxis gegenüber Flüchtlingen in den dreissiger und vierziger Jahren die Oberhand über die humanitäre Tradition.

Es besteht also kein Grund, am Bekenntnis von Bundesrat Villiger vom 7. Mai 1995 zu rütteln. Auch wenn weder die Schweiz noch Heinrich Rothmund die Erfinder des J-Stempels waren, so kamen die deutschen Behörden mit dem diskriminierenden Vermerk zu diesem Zeitpunkt einem Anliegen der Schweiz entgegen. Und die Schweizer Behörden haben den J-Stempel auch auf eigenen Formularen verwendet. Wir kommen nicht umhin, die sich daraus ergebende historische und moralische Verantwortung wahrzunehmen.

Kommentar von Laurent Droz

L'article de Guido Koller présente les cas de six personnes dont un ou plusieurs documents du dossier personnel à la Police fédérale des étrangers ont été marqués d'un tampon «J» (8 occurrences de tampon). L'état des sources, très lacunaires, en raison d'une destruction massive des archives de la PFE dans les années cinquante, est également mentionné et Koller en conclut qu'il est impossible de donner une image claire de cet «Instrument der Kategorisierung», le tampon «J». Pour cette raison, Koller l'intègre, dans le contexte général de l'antisémitisme pratiqué dans l'administration fédérale (en l'occurrence, la PFE et la Division de police, toutes deux dirigées par Rothmund). A ce titre, l'intégration dans la pratique administrative suisse d'éléments provenant de lois étrangères, comme les lois raciales de Nuremberg est particulièrement révélatrice non seulement d'une attitude antisémite mais même d'une «Anpassung» au nouvel ordre nazi, ce que Koller omet de signaler. Et cela dans une Suisse d'habitude si soucieuse de son indépendance et de sa neutralité tant juridique que politique.

Il existe une différence manifeste entre un tampon de trois centimètres, apposé en violet, et un simple «J» rédigé à la machine à écrire. Le deuxième donne une information, qui peut être utilisée pour des raisons statistiques ou de catégorisation, l'information ne se distingue pourtant pas des autres informations que le formulaire comprend. Dans ce cas, les rubriques du formulaire ou de la fiche importent

9 BAR, E 4260 (C) 1988/109; Die Flüchtlingskartothek ist im Schweizerischen Bundesarchiv in einer von der Eidg. Polizeiabteilung nach Kriegsende überarbeiteten Komposition überliefert. Die Kartothek besteht nun aus Karten der Eidg. Zentralleitung der Heime und Lager einerseits und den Karten der Eidg. Polizeiabteilung andererseits.

10 BAR, E 4800.1 (-) 1967/111, Dossier 78, Weisungen über die Flüchtlingskartotheken, 1. 10. 1942.

beaucoup, ainsi l'adoption d'une rubrique «race» est significative. Le premier, en revanche, fait ressortir à première vue une information, à laquelle est ainsi accordée une importance plus grande qu'aux autres données sur la page. De ce fait, la mise en évidence du «J» procède d'une démarche indubitablement stigmatisante. Il faut résister à la tentation d'un relativisme historique.

Le manque d'analyse des sources mêmes et d'une reconstruction de la pratique administrative de l'époque amène Koller à formuler une thèse qui me paraît intenable. Ainsi, les tampons «J» employés par l'administration suisse n'auraient été employés qu'après l'accord avec l'Allemagne en septembre 1938 et donc apposés à posteriori sur certains documents. Pourtant, il est impensable qu'une «notification» approuvée en 1936, soit à nouveau envoyée à la PFE, qui en possède d'ailleurs un double, et tamponnée alors du «J» alors que la nouvelle «notification» de fin 1938, renouvelant le permis en question, ne le serait pas. De plus, le dossier de FL, évoqué dans mon article¹, a été ouvert début janvier 1937 et clos fin avril 1937; il ne porte aucune trace de consultation postérieure et pourtant un tampon du type I y figure en bonne place. Ainsi, l'utilisation d'un tampon «J» par les autorités fédérales date d'avant l'accord avec l'Allemagne et il est tout à fait possible, contrairement à ce que dit Koller, que la Suisse ait inventé le tampon «J»². Pour cette raison, et là je partage entièrement l'avis de Koller, la part suisse, ou sa responsabilité, dans l'introduction du tampon «J» par l'Allemagne n'a aucune raison d'être révisée à la baisse. Bien au contraire, il faut se demander si, dans leurs contacts avec l'Allemagne, les négociateurs suisses n'ont pas au moins évoqué la pratique de la PFE, sinon même proposé une solution qu'ils utilisaient déjà, quoique dans un autre contexte.

1 Archives cantonales vaudoises, K VII h, 318, 51.

2 La part de Rothmund est impossible à déterminer en l'état actuel de notre connaissance des sources; la pratique du «J» suisse émane en tout cas indiscutablement de l'organe de police qu'il dirigeait.